

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 24. April 1964

Blatt 920

Italienische Studenten im Wiener Rathaus

=====

24. April (RK) Heute vormittag fanden sich im Roten Salon des Wiener Rathauses zwei Gruppen italienischer Studenten ein, die gegenwärtig zu einem Besuch in Wien weilen. Die erste Gruppe, die von Stadtrat Bock begrüßt wurde, waren Mitglieder des Studenten-Kulturvereines G. Toniolo aus Arezzo. Kurz darauf hieß Stadtrat Sigmund eine Gruppe von Abiturienten einer höheren Handelsschule in Bologna herzlich willkommen. Beide Stadträte wünschten den italienischen Studenten einen angenehmen Aufenthalt in unserer Stadt und ließen ihnen zur Erinnerung an ihren Besuch Bilderalben von Wien überreichen.

- - -

Peregrini-Kipfel für den Bürgermeister

=====

24. April (RK) Mit ernstem Gesicht, ganz im Bewußtsein seiner Bedeutung, überreichte heute früh der kleine dreieinhalbjährige Michi Bürgermeister Jonas ein großes Peregrini-Kipfel, das nach einem alten Wiener Rezept von einem Bäckereibetrieb auf dem Alsergrund erzeugt wird. Vom Vater des kleinen Mannes, dem Bäckermeister, erhielt der Bürgermeister ein zweites, noch größeres Riesenkipfel. Dieses traditionelle Spezialgebäck wird nun während einiger Wochen im Jahr hergestellt. Bürgermeister Jonas nahm die Kipfel mit Dank entgegen und erklärte, sie einem Kindergarten schenken zu wollen.

- - -

Ludwig Wittgenstein zum Gedenken
 =====

24. April (RK) Am 26. April wäre Dr. Ludwig Wittgenstein, der vielfach als der größte Philosoph gilt, den Österreich hervorgebracht hat, 75 Jahre alt geworden.

Er wurde in Wien geboren, genoß häuslichen Privatunterricht und betrieb technische Studien. Dann befaßte er sich mit den Grundlagen der Mathematik und zog sich 1913 in die Einsamkeit Norwegens zurück, um an seinem philosophischen Werk zu arbeiten. Während der Kriegszeit vollendete er das Manuskript des "Tractatus logico-philosophicus". Das Werk wurde zur Bibel des Neopositivismus. Nach dem Krieg verzichtete Wittgenstein auf sein gesamtes Erbteil - sein Vater hatte ein großes Vermögen hinterlassen - und wirkte als Volksschullehrer im Semmering- und Schneeberggebiet. 1929 ging er nach England und erhielt zehn Jahre später an der Universität Cambridge den Lehrstuhl für Philosophie. 1947 legte er seine Professur zurück, um sich ganz der Forschung widmen zu können. Am 24. April 1951 ist er in Cambridge gestorben. 1953 erschien aus dem Nachlaß sein Hauptwerk "Philosophische Untersuchungen". Wie sein Leben die Unabhängigkeit seines Charakters, so spiegelt sein Schaffen die Unabhängigkeit seines Denkens. In den letzten Jahren wächst die Literatur über den Philosophen ständig.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
 =====

24. April (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt.

Dienstag, 28. April:

17.30 Uhr, Mariahilf, Amerlingstraße 11, 1. Stock.

Donnerstag, 30. April:

16.00 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1/2/201.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

24. April (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat heute vormittag der Wiener Landtag zu einer Geschäfts-sitzung zusammen. Es lag eine Anfrage der ÖVP vor.

Novellierung der Wiener Landarbeitsordnung

Zum ersten und einzigen Tagesordnungspunkt, eine Gesetzesvorlage zur Novellierung der Wiener Landarbeitsordnung, referierte Stadtrat Bauer. Nach diesem Entwurf soll die 1949 vom Wiener Landtag beschlossene Landarbeitsordnung abgeändert und ergänzt werden. Die bisher gemachten Erfahrungen, der Mangel an Arbeitskräften, die wirtschaftliche Weiterentwicklung (Mechanisierung und Technisierung) ließen eine Verbesserung als notwendig erscheinen. Auch in anderen Bundesländern, wie zum Beispiel in Niederösterreich, Kärnten, Salzburg, im Burgenland und in der Steiermark, wurden - offenbar aus den gleichen Erwägungen heraus - Abänderungen und Ergänzungen der jeweiligen Landarbeitsordnungen **bereits beschlossen**.

In der Hauptsache sieht die Gesetzesvorlage folgende Änderungen und Ergänzungen vor: Klarstellung von Zweifeln bei der Auslegung der Bestimmungen über das Probedienstverhältnis; periodische Remunerationen oder andere besondere Entlohnungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsremuneration) sollen in einem der bisherigen Dienstzeit entsprechenden aliquoten Anteil auch dann bezahlt werden, wenn das Dienstverhältnis während des Jahres beginnt oder endet; der Dienstnehmer darf wegen einer durch Krankheit oder Unglücksfall verursachten Dienstverhinderung nicht entlassen werden; Klarstellung der wichtigen Gründe einer Dienstverhinderung (Teilnahme am Begräbnis des Lebensgefährten oder der Lebensgefährtin, Wohnungswechsel, Ausübung des Wahlrechts usw.); die Bestimmungen über die Abfertigung werden der arbeitsrechtlichen Regelung im Angestelltenrecht angeglichen (Die Abfertigung gebührt dem Dienstnehmer auch bei einvernehmlicher Lösung des Dienstverhältnisses); die Abfertigung wird ab dem vollendeten 20. Dienstjahr von zwei auf drei Prozent des Jahresentgelts für jedes weitere Dienstjahr erhöht; der Dienstnehmer kann bei Erreichung des Pensionsalters aus dem Dienstverhältnis ausscheiden, ohne daß er dadurch den Anspruch auf Abfertigung verliert; ./.

die normale Wochenarbeitszeit wird im Jahresdurchschnitt auf 45 Arbeitsstunden festgesetzt, wobei in der einzelnen Arbeitswoche eine Höchstarbeitszeit von 48 Stunden nicht überschritten werden darf; invaliden Dienstnehmern wird im Sinne des Invaliden-Einstellungsgesetzes ein Anspruch auf einen Zusatzurlaub von drei Werktagen eingeräumt; jugendliche Dienstnehmer bis zum vollendeten 18. Lebensjahr haben Anspruch auf einen Urlaub in der Dauer von vier Wochen.

Wie Stadtrat Bauer abschließend betont, stellte die Wiener Landarbeitsordnungsnovelle 1964 einen beachtlichen Beitrag zur Verbesserung der arbeitsrechtlichen Stellung der Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft dar.

Abgeordneter Dr. Hirnschall (FPÖ) verweist darauf, daß die zu beschließenden Änderungen nur eine kleine Berufsgruppe unserer Stadt betreffen, aber trotzdem sehr bedeutsam sind. Seit der Beschlußfassung im Jahre 1949 wurde die Landarbeitsordnung zwar dreimal novelliert, jedoch nur bezüglich der Mutterschutzbestimmungen. Die heute zu beschließenden Änderungen, vor allem auf dem Sektor der Gewährung von Abfertigungen und der Übernahme der Übersiedlungs- und Anreisekosten, sind vorbildlich. Derartige Bestimmungen sind in anderen Arbeitsgesetzen kaum enthalten. Angesichts dieser weitgehenden sozialen Verbesserungen darf aber nicht übersehen werden, daß der Bauernschaft hierdurch neue Lasten auferlegt wurden. Dazu kommt, daß diese Lasten von der Landwirtschaft zu einer Zeit übernommen werden müssen, da wirtschaftlich wesentlich stärkere Arbeitgebergruppen, wie verstaatliche und private Industrie, noch lange nicht beabsichtigen, ihren Arbeitnehmern die gleichen Verbesserungen zuzugestehen. Die Wiener Landwirtschaft, die diese zusätzlichen Lasten übernimmt, hat daher ein Recht darauf, auf anderen Gebieten ein weitgehendes Entgegenkommen des Landes Wien zu erwarten, so vor allem bei Regelungen, die Pachtverhältnisse betreffen.

Zu erwähnen sei noch, daß das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft in seiner Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf festgestellt hat, daß unsere Novelle in allen wesentlichen Punkten dem Bundesgrundsatzgesetz widerspricht und daher verfassungsmäßig bedenklich sei. Das Bundesgrundsatzgesetz hat aber der sozialen Entwicklung, mit Ausnahme der Mutterschutzbestimmungen, bisher nicht Rechnung getragen, sodaß eine Reihe anderer Bundesländer bereits entsprechende Ausführungsgesetze erlassen haben.

Abschließend stellt Abg. Dr. Hirnschall fest, daß die FPÖ-Fraktion der Vorlage zustimmen werde, da sie eine wesentliche soziale Besserstellung der Landarbeiter zur Folge hat und dadurch sicherlich auch einen Beitrag leisten wird die Landflucht zu bremsen.

Stadtrat Bauer stellt im Schlußwort fest, daß die einzelnen Ministerien die verschiedensten Stellungnahmen zur Novelle der Landarbeitsordnung abgegeben haben. Nach diesen Stellungnahmen würde es nie zu einer Landarbeitsordnung, bzw. zu einer Novellierung kommen. Es wurde daher versucht, mit den beiden Vertragspartnern eine einvernehmliche Lösung zu treffen. Bezüglich Kündigung von Pachtverhältnissen stellt Stadtrat Bauer fest, daß er wiederholt die Beschließung eines Landwirtschafts-Schutzgesetzes verlangt hat. Leider wurde diesem Verlangen bisher nicht entsprochen. Die Stadtverwaltung hat jedoch bei der Lösung von Pachtverhältnissen immer darauf geachtet, daß der Betrieb nicht zugrunde geht und die Existenz des Abgesiedelten gesichert ist.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

24. April (RK) Im Anschluß an die Landtagssitzung trat der Wiener Gemeinderat zusammen.

Bürgermeister Jonas, der die Sitzung eröffnete, teilte mit, daß von Gemeinderäten der ÖVP zwei, von Gemeinderäten der FPÖ zwei und der KLS fünf Anfragen eingebracht wurden. Außerdem haben die Gemeinderäte Maller und Genossen (KLS) die dringliche Behandlung einer Anfrage, betreffend Hilfe für die durch Wohnbauspekulanten zu Schaden gekommenen Kreditnehmer der Neuen Wiener Wohnbauaktion verlangt.

Anträge

Eine Reihe von Anträgen werden den zuständigen Ausschüssen des Gemeinderates zugewiesen. Es handelt sich um die Anträge der Gemeinderäte.

Maller und Genossen (KLS), betreffend die Lösung des Verkehrsproblems auf dem Praterstern,

Eleonora Hiltl, Ing. Lust und Genossen (ÖVP), betreffend Erhaltung des Ringstraßencharakters, Dkfm. DDr. Prutscher, Ing. Lust und Genossen (ÖVP), betreffend gleiche Wettbewerbsbedingungen durch Ausschreibungen für Bauaufträge der Gemeinde Wien,

Bittner, Haag und Genossen (ÖVP), betreffend Generalsanierung der Alten Donau,

Dr. Stemmer, Pfoch, Fürstenhofer und Genossen (SPÖ), betreffend Fortsetzung der Neuen Wiener Wohnbauaktion,

Dr. Hirnschall, Dr. Schmidt (FPÖ), betreffend Errichtung von Betriebskinderkrippen und -kindergärten für die Kinder des weiblichen Personals der Wiener Städtischen Krankenanstalten,

- Dr. Hirnschall und Genossen (FPÖ), betreffend Vorverlegung des Betriebsbeginnes auf der städtischen Autobuslinie 60 A.

Dr. Drimmel - Wiener Stadtrat

Da Stadtrat Lakowitsch nach seiner Wahl zum Präsidenten der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien sein Amt als Wiener Stadtrat zurückgelegt hat, ist die Wahl eines neuen Stadtrates erforderlich geworden.

Wie der Bürgermeister mitteilt, hat die Österreichische Volkspartei, der das Vorschlagsrecht zusteht, Bundesminister a.D. Dr. Drimmel vorgeschlagen.

Mit den Stimmen der Regierungsparteien wird hierauf Dr. Drimmel zum Stadtrat gewählt. Er nimmt unter dem Beifall der Gemeinderäte der ÖVP seinen Platz in der ersten Reihe des Halbrundes ein. Dr. Drimmel nimmt die Wahl in den Stadtsenat an und leistet das Gelöbnis.

Während einer kurzen Unterbrechung der Sitzung des Gemeinderates tritt der Stadtsenat zusammen und schlägt vor, Dr. Drimmel auch zum Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VII zu wählen.

Der Wiener Gemeinderat nimmt sodann - wiederum mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ - die Wahl Dr. Drimmels zum Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten vor. Bürgermeister Jonas begrüßt den neuen Stadtrat anlässlich der Übernahme seiner Funktion.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Dr. Heinrich Drimmel

=====

Amtsführender Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische
Angelegenheiten

24. April (RK) Dr. Heinrich Drimmel wurde am 16. Jänner 1912 in Wien geboren. Er war der jüngste von fünf Söhnen. Seine Eltern stammen aus Niederösterreich (Vater Sicherheitswachmann, Mutter Hilfsarbeiterin). Seine Schulausbildung von der Volksschule bis zur Universität absolvierte er zur Gänze in Wien, wo er 1935 sein Jusstudium abschloß.

Dr. Drimmel war von Jugend auf in katholischen Jugendgemeinschaften tätig. 1933 wurde er zum Vorsitzenden der Katholischen Hochschülerschaft gewählt. Von 1934 bis 1937 stand er an der Spitze der Studentischen Selbstverwaltung an den österreichischen Hochschulen.

Nach Abschluß seines Hochschulstudiums trat Dr. Drimmel 1933 in den Dienst der Finanzverwaltung. Von dort zur Dienstleistung ins Unterrichtsministerium einberufen, bearbeitete er Hochschul- und Kulturangelegenheiten. Im März 1938 wurde er aus dem Unterrichtsministerium entlassen. Dr. Drimmel wandte sich sodann der Fortsetzung seiner juristischen Berufsausbildung zu, die er kurz vor Kriegsausbruch nach Absolvierung der Finanzakademie mit der Ablegung des Assessor-Examens in Berlin abschließen konnte.

Den zweiten Weltkrieg machte Dr. Drimmel bei verschiedenen Infanteriedivisionen an der Ost- und Südostfront mit. Daran schloß sich eine 18monatige Kriegsgefangenschaft. Ende 1946 konnte Dr. Drimmel nach seiner Heimkehr die 1938 unterbrochene Tätigkeit im Unterrichtsministerium wieder aufnehmen. Der Arbeit in der Hochschulsektion folgte 1947 die Berufung in das Sekretariat des damaligen Unterrichtsministers Dr. Felix Hurdes. Nach fünfjähriger Tätigkeit kehrte Dr. Drimmel 1952 zunächst als Stellvertreter des Sektionsleiters in die Hochschulsektion zurück, um im Herbst 1952 die Sektionsleitung zu übernehmen.

./.

Vom 2. November 1954 bis 2. April 1964 gehörte Dr. Drimmel als Bundesminister für Unterricht der Österreichischen Bundesregierung an.

Am 24. April 1964 wurde Dr. Drimmel vom Wiener Gemeinderat in den Stadtsenat berufen und zum Amtsführenden Stadtrat für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten gewählt.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Würdigung für Karl Lakowitsch

Bürgermeister Jonas teilt mit, daß er dem scheidenden Stadtrat Lakowitsch im Namen der Stadt Wien den Dank für seine jahrelange vorbildliche Amtsführung brieflich ausgesprochen hat, und würdigt in längerer Rede die Verdienste, die sich Karl Lakowitsch um Wien erworben hat:.

Seine Tätigkeit als Stadtrat, die im Oktober 1953 begann, fällt in die Zeit eines unerhörten Aufschwunges unserer Stadt, die die entsetzlichen Folgen des Krieges überwinden und eine fruchtbare Periode des Ausbaues und der Modernisierung einleiten konnte. Die Aufgaben des Wiederaufbaues nach dem Kriege haben so viele moralische, wirtschaftliche und politische Energien geweckt, daß kaum in einer anderen Periode unserer Stadt eine so fruchtbare und rasche Entwicklung vor sich ging.

Selten noch gab es in Wien eine so rege und umfassende Bautätigkeit, wie nach dem zweiten Weltkrieg. Und so hat die Baupolizei im Interesse der städtebaulichen Entwicklung Wiens eine außerordentlich verantwortungsvolle Tätigkeit zu erfüllen. Gleichermäßen verhält es sich mit der Abteilung für technische Verkehrsangelegenheiten, die in der stürmischen Motorisierung nach dem zweiten Weltkrieg vorher niegekante Aufgaben zu lösen hat. Die öffentliche Beleuchtung Wiens ist heute besser und wirkungsvoller als je zuvor, die Plan- und Schriftenkammer ist in der Lage, alle auftauchenden Aufgaben zu bewältigen, die städtische Prüf- und Versuchsanstalt ist ein wertvoller Helfer der Bauabteilungen, die städtischen Friedhöfe sind in ständiger

Erweiterung und Modernisierung, und das städtische Forstamt ist in mehrfacher Hinsicht zu einer der wichtigsten Magistratsabteilungen geworden. Allen diesen Abteilungen hat Stadtrat Lakowitsch seine ständige Aufmerksamkeit gewidmet, und sein Interesse und seine sorgende Hand war überall dort zu spüren, wo es Schwierigkeiten zu überwinden gab. Seine zehnjährige Tätigkeit als Stadtrat hat ihm viele Sorgen, aber auch viele Erfolge gebracht. In den entscheidenden Jahren des Wiederaufbaues und Neubaues unserer Heimatstadt hat er an verantwortungsvoller Stelle seinen Mitbürgern gedient und sich allgemeine Achtung und Wertschätzung erworben. Im Jahre 1959 wurde er zum Landeshauptmann-Stellvertreter gewählt, und hat damit auch die Interessen des Bundeslandes Wien an verantwortungsvoller Stelle zu vertreten gehabt.

Während seiner mehr als zehnjährigen Mitgliedschaft zum Wiener Stadtsenat hat Stadtrat Lakowitsch sich immer als ein Befürworter und Praktiker der Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien erwiesen. Er hat seine politischen Grundsätze nie aufgegeben und nie in Frage stellen lassen, aber doch immer den richtigen Weg zu den anderen gefunden, die wohl seine politischen, nie aber seine menschlichen Gegner waren. Auch damit hat er dazu beigetragen, daß die Energien unserer Stadt vom vermeidbaren Streit auf die konstruktive Arbeit gelenkt wurden. Der Wiener Gemeinderat hat ihm hierfür im Jahre 1962 das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen. Für seine Verdienste um die Republik Österreich hat ihm der Herr Bundespräsident das Große Silberne Ehrenzeichen und das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern verliehen.

Stadtrat Lakowitsch wird als Präsident der Kammer der gewerblichen Wirtschaft seine Arbeit im Interesse der Allgemeinheit auf einem anderen Gebiete fortsetzen. Im Namen des Wiener Gemeinderates wünsche ich ihm, sagte der Bürgermeister, für diese bevorstehende schwierige und verantwortungsvolle Arbeit viel Erfolg. Ich bitte ihn, die Verbindung mit der Wiener Stadtverwaltung auch als Kammerpräsident aufrechtzuerhalten.

Neue Schule für Favoriten

GR. Liwanec (SPÖ) stellt den Antrag, die Errichtung eines Schulgebäudes in der Migerkastraße in Favoriten grundsätzlich zu beschließen. In diesem Gebiet wurden 1.400 neue Wohnungen errichtet und 700 Wohnungen sind geplant. Schon jetzt besteht dort eine Schulraumnot, sodaß der Neubau einer 24klassigen Volks- und Hauptschule dringend erforderlich ist.

GR. Peter (FPÖ) fragt, ob es sich rentiere, diese Schule in Fertigteilbauweise zu errichten.

GR. Liwanec verweist darauf, daß bereits Kindergärten und Schulen in Fertigteilbauweise gebaut wurden, und daß es sich selbstverständlich rentiere, sonst wäre der Antrag nicht gestellt worden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Zwei neue Kindergärten

Ebenfalls einen Antrag auf grundsätzliche Genehmigung stellte GR. Gertrude Sandner (SPÖ), und zwar für die Errichtung eines Kindergartens in der Josefstädter Straße im 8. Bezirk und an der Leipziger Straße im 20. Bezirk.

GR. Lauscher (KLS) verweist darauf, daß der Platzmangel in den Kindergärten immer größer werde. In Favoriten zum Beispiel sind 1.400 Kinder vorgemerkt. Der Redner stellt einen Antrag, bei der Errichtung größerer Wohnbauten die Kindergärten nicht erst zum Schluß zu errichten, sondern schon beim Einzug der Familien betriebsbereit zu haben.

GR. Gertrude Sandner betont, daß keine gesetzliche Verpflichtung zum Bau von Kindergärten besteht, die Stadt Wien nehme jedoch gerne und freiwillig diese Verpflichtung auf sich. Derzeit gibt es Platz für 18.000 Kinder in den Kindergärten. Seit 1959 wurden jährlich mehr als 1.000 neue Plätze geschaffen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Referentin einstimmig angenommen; der Antrag der KLS wird einstimmig der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Dritte Liste 1964 mit Subventionen durch die Gemeinde

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referiert über die dritte Subventionsliste 1964, die elf Positionen mit einer Gesamtsumme von 1,025.000 Schilling umfaßt.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) führt aus, daß seine Fraktion der Subventionierung des Bundesjugendringes und der Widerstandsbewegung nicht zustimmen könne. Er ersuche daher um getrennte Abstimmung. Der Redner äußert auch Bedenken dagegen, daß dem Kuratorium zur Gründung des Wiener Institutes für Entwicklungsfragen 500.000 Schilling gegeben werden sollen. Er habe nichts gegen die Entwicklungshilfe selbst, doch sei nicht zu vertreten, eine neue bürokratische Institution mit einer halben Million zu subventionieren.

Vizebürgermeister Slavik bemerkt dazu, daß es die Aufgabe des Institutes sein soll, die besten Formen der Entwicklungshilfe zu diskutieren und Vorschläge zu erstatten. Er verwies darauf, wieviele Fehler bei der Entwicklungshilfe gemacht werden. Er hoffe deshalb, daß es dem Wiener Institut gelingt, geeignete Formen für eine erfolgreiche Entwicklungshilfe zu finden.

Der Vorsitzende Bürgermeister Jonas läßt die Abstimmung getrennt vornehmen, die Subventionsliste wird einstimmig genehmigt mit Ausnahme der Subventionen für den Bundesjugendring, die Widerstandsbewegung und das Kuratorium. Dabei stimmte die FPÖ nicht mit.

Müllschüttungen

GR. Fucik (SPÖ) stellt den Antrag, die Wiederauffüllung der Löwy- und Olexgrube Am Ziegelofen (10. und 11. Bezirk) mit Schutt, Schlacke und Müll bis zur Höhe des angrenzenden Niveaus zu bewilligen. Die direkte Müllanschüttung darf jedoch nur bis einen Monat nach Aufnahme des Vollbetriebs der geplanten zweiten Müllverbrennungsanlage, spätestens jedoch bis 31. Dezember 1968 erfolgen. Die Bewilligung ist an eine ganze Reihe - insgesamt 23 - Bedingungen gebunden, mit denen eine Belästigung der Anrainer verhindert werden soll. So muß zum Beispiel stets die herrschende Windrichtung berücksichtigt werden, in der warmen Jahreszeit darf der Müll nur an den von der Straße und den Siedlern entfernten Stellen abgelagert werden, die Ablagerungsstellen müssen laufend planiert und entweder sofort oder spätestens bis zum Abend mit einer mindestens 20 Zentimeter starken Schicht von Erdreich oder Bauschutt vollständig abge-

deckt werden usw. Wie es im Antrag weiter heißt, sollen gleichzeitig die Einwendungen der Anrainer als im Gesetz nicht begründet abgewiesen werden. Die Einwendungen der Anrainer wegen Wertverminderung ihrer Grundstücke und die diesbezüglichen Schadenersatzansprüche werden auf den Zivilrechtsweg verwiesen.

In der Debatte wirft GR. Böhm (FPÖ) dem Berichterstatter vor, nichts darüber gesagt zu haben, daß auf diesem Gebiet bereits seit acht Jahren entgegen allen Bestimmungen Müll und Schutt abgeladen wird, obwohl die Anrainer Einspruch dagegen erhoben und sich sogar an den Verwaltungsgerichtshof gewandt haben. Während dieser ganzen Zeit sei dieses Gebiet jedoch zu einer skandalösen Mistgsettn geworden, da der Müll statt im Windschatten gegen den Wind geschüttet wurde. Die Umzäunung biete keinerlei Schutz, und die Anrainergebiete seien im Umkreis von einem Kilometer total verschmutzt. Als Pendant zu den Tschikarretieren fungieren sogar Arbeiter der zuständigen Magistratsabteilung als Papierarretierer und sammeln die umherliegenden schmutzigen Papierln, die die ganze Umgebung der Müllablagerungsstätte "zieren", in Säcke und verbrennen sie ausgerechnet auf einer Grünanlage, da das Verbrennen auf dem Schüttungsgebiet verboten ist.

Nun werde im Gemeinderat der Antrag gestellt, die Müllab-schüttung zu bewilligen, nachdem dies bereits seit acht Jahren geschehe, die ganze Angelegenheit sich zu einem großen Skandal ausgewachsen habe und sich insgesamt 178 Zeitungsartikel damit beschäftigt hätten. Obwohl die in der Vorlage angeführten Bestimmungen auch schon bisher gegolten haben, herrschen auf diesem Gelände unbeschreibliche Zustände, weil sich niemand an die Bestimmungen gehalten hat. Es sei ein Skandal, daß mitten im Wald- und Wiesengürtel und in verbauter Gegend eine solche Ablagerungsstätte besteht. Mit Schutt und Schlacke diese Gruben zu füllen, wäre noch zu vertreten, Müllablagerungen dürfte man dort jedoch nicht erlauben. Deshalb könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

GR. Sailer (SPÖ) verweist darauf, daß die Änderungen der Gesellschaftsstruktur und die Zunahme des Wohlstandes der Gemeindeverwaltung manche Schwierigkeiten verursachen. Die Wiener Stadt-

reinigung hatte im Jahre 1958 650.000 Kubikmeter Müll zu beseitigen, derzeit beträgt die jährliche Müllmenge jedoch bereits 1,100.000 Kubikmeter. Als man die Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig zu bauen begann, nahm man an, daß sie 60% des Wiener Mülls aufnehmen könne. Nach dreijähriger Bauzeit stellt sich aber infolge der sprunghaften Zunahme der Müllmenge heraus, daß sie nur mehr die Hälfte des Mülls erfassen kann. Die Gründe für die vermehrten Mistmengen liegen vor allem darin, daß es nicht mehr viel Ofenheizungen gibt, daß das Verpackungsmaterial stark zugenommen hat und man fast nirgends mehr die alten Waschküchen kennt, die früher kleine Hausmüllverbrennungsanlagen waren. Die Gemeinde Wien hat sich rechtzeitig um Ablagerungsstätten gekümmert. Leider haben die Verhandlungen mit Niederösterreich - man wollte die Gruben und Kraterlandschaften bei Vösendorf aufschütten - zu keinem Ergebnis geführt.

Eine "Mistgstetten" bringt selbstverständlich der Umgebung Erschwernisse. Aber Erschwernisse und Belastungen müssen auch die Bewohner anderer Wiener Stadtteile auf sich nehmen. Für die Wiener in der Nähe des Matzleinsdorfer Platzes ist es auch nicht angenehm, daß am Frachtenbahnhof die Südfrüchte aus Italien ausgeladen werden. In anderen Stadtteilen leidet die Bevölkerung unter riesiger Lärmbelästigung. Alle diese Erscheinungen hängen mit der Zunahme unseres Wohlstandes zusammen.

Bisher ergingen alle Bescheide in Zusammenhang mit der Müllabfuhr durch den Magistrat. Nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, der die Anschüttungen als Bauführungen bezeichnet hat, ist die Zustimmung des Gemeinderates notwendig. Die Vorkehrungen, um in den betroffenen Gebieten die Mißstände zu beseitigen, datieren schon seit langer Zeit. Die Löwy- und die Olex-Grube liegen zwar im Wald- und Wiesengürtel, aber an dessen Rand; direkt daneben erstreckt sich ein Industriegelände.

Innerhalb von Wien gibt es nur mehr wenig Ablagerungsstätten, so bei Hirschstetten und bei Schwechat. Aber eine "Mistgstetten" in Tulln, die man hätte haben können, ist für die Wiener Müllabfuhr unrentabel. (GR. Böhm, FPÖ: Es kostet um nichts mehr, wenn man auf die andere Seite des Laaer Berges fährt!) Wien projektiert jetzt eine zweite Müllverbrennungsanlage, die allerdings erst

in vier Jahren den Betrieb aufnehmen kann. Da der Mist jährlich um rund zehn Prozent wächst, wird die Gemeinde in sieben Jahren die doppelte Müllmenge von heute, nämlich 2.2 Millionen Kubikmeter zu beseitigen haben. Der heutige Beschluß des Gemeinderates beseitigt alle Mißstände die tatsächlich vorhanden sind und gibt alle Gewähr, um in Zukunft dort einwandfreie Verhältnisse zu schaffen.

Berichterstatter Fucik (SPÖ) erklärt in seinem Schlußwort, daß die Gemeinde die Erschwernisse der Anrainer verstehe, aber sie müsse in erster Linie das Gesamtwohl der Bevölkerung im Auge haben. Viele frühere "Mistgsetten" sind inzwischen blühende Gartenanlagen geworden. Hätte Wien durch die geschichtlichen Ereignisse nicht zehn Jahre verloren, gäbe es sicher schon die zweite Müllverbrennungsanlage, und die Sorgen wären geringer.

Der Antrag des Stadtsenates wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Wiener Leuchtgas wird entgiftet

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) referiert sodann einen Antrag auf Errichtung von Kohlenmonoxyd-Konvertierungsanlagen in den Gaswerken Simmering und Leopoldau. Sicherlich wird der vorliegende Antrag nicht nur vom Wiener Gemeinderat, sondern von der ganzen Bevölkerung unserer Stadt mit Freude begrüßt werden. Um die Gefährlichkeit des Gases aus der Welt zu schaffen, gibt es zwei Möglichkeiten, nämlich alle Gasgeräte mit Sicherheitsventilen auszustatten oder das Stadtgas zu entgiften. Die Gefährlichkeit unseres Stadtgases besteht darin, daß es zehn Prozent Monoxyd enthält. Dieser Prozentsatz soll durch die geplante Entgiftungsanlage auf drei Prozent gesenkt und das Gas damit unschädlich gemacht werden. Es bestünden heute bereits die Möglichkeiten zu einer hundertprozentigen Entgiftung, doch käme dies wesentlich teurer und sei nicht notwendig, da die Verringerung des Kohlenmonoxydes auf drei Prozent genügt, um das Gas ungefährlich zu machen. Als Gesamtbaudauer für diese Anlagen werden ungefähr vier Jahre angenommen. Eine Senkung des Kohlenmonoxydgehaltes wird durch die Errichtung der einzelnen Anlagen jedoch bereits ab Spätsommer 1965 schrittweise erfolgen. Die Bauten erfordern einen

Kostenaufwand von 150 Millionen Schilling, wovon heuer bereits drei Millionen bereitgestellt werden müssen.

GR. Maller (KLS) erinnert daran, daß seine Fraktion bereits im Dezember 1959 den Antrag auf Entgiftung des Wiener Stadtgases gestellt hat. Dieser Antrag wurde ebenso wie viele andere konstruktive Anträge mit der Begründung abgewiesen, daß die Entgiftung viel zu teuer käme. Jetzt hört man, daß die Anlage nicht wie ursprünglich festgestellt wurde 300 Millionen, sondern nur 150 Millionen kosten soll. Auf Preissenkungen, die seit 1959 erfolgt sein könnten, wäre diese Verringerung des Betrages wohl kaum zurückzuführen. Wieviele Gastote gab es aber während der letzten Jahre in unserer Stadt und wieviele werden noch bis zur Fertigstellung der Entgiftungsanlagen dazukommen. Noch ein Moment wurde damals ins Teffen geführt, nämlich, daß die Errichtung von Gasentgiftungsanlagen nur durch gleichzeitige Erhöhung des Gaspreises möglich sei. Stadtrat Schwaiger hat heute hiervon jedoch nicht gesprochen. Der Redner verlangt daher in einem Beschlusantrag, daß die Errichtung von Gasentgiftungsanlagen nicht zum Anlaß für eine Gaspreiserhöhung genommen werden dürfe. Abschließend stellt GR. Maller fest, daß seine Fraktion durch ihre Beharrlichkeit sicherlich zur geplanten Gasentgiftung beigetragen hat und sie ihr mit Freude zustimmen wird.

GR. Peter (FPÖ) bezeichnet es als selbstverständlich, daß die Freiheitlichen diesem Antrag zustimmen werden. Er bedauert es jedoch, daß man erst heute eine derartige Maßnahme beschließt. Bisher hat man ja alle Forderungen auf Entgiftung des Stadtgases als undurchführbar oder zu kostspielig bezeichnet, obwohl andere Großstädte wie Hamburg, München, Basel usw. bereits die besten Erfahrungen gesammelt hatten. Es sei bedauerlich, daß Wien in so vielen wichtigen Angelegenheiten nachhinkt. Rechnen wir uns aus, an dem Tod von wievielen Menschen wir durch unser Zögern schuld sind. Es müßte eine gewisse Dringlichkeitsskala geben, welche Probleme unserer Stadt sofort gelöst werden müssen und welche etwa später drankommen können. Propagandabauten, die man den Ausländern zeigen kann oder die für kommende Wahlen verwendet werden, könnten in dieser Dringlichkeitsreihung ganz am Schluß stehen.

Die angenommene Kapazität von einer Milliarde Kubikmeter bezeichnet der Redner als zu gering. Der Verbrauch des Vorjahres

lag bereits bei 700 Millionen und wird, bis die Anlagen fertig sind, sicherlich weiter gestiegen sein. Die Techniker müßten sich auch den Kopf darüber zerbrechen, welche Möglichkeiten es gäbe, das Gas explosionssicher zu machen. Die für die Errichtung der Gasentgiftungsanlage veranschlagten Kosten von 150 Millionen werden wahrscheinlich zu niedrig angesetzt sein. In diesem Falle werden die Freiheitlichen notwendigen Krediterhöhungen jedoch ebenso gerne zustimmen wie dem heute vorliegenden Antrag, da es um die Erhaltung des Lebens unserer Mitbürger geht.

GR. Kowarsch (ÖVP) begrüßt mit Freude den vorliegenden Antrag. Damit werde einer seit Jahren erhobenen Forderung der ÖVP Rechnung getragen. Es wäre unverantwortlich gewesen noch länger zuzuschauen, wie jährlich eine große Zahl von Menschen Gasunfällen zum Opfer fällt. 1961 hatten wir 167 tödliche Gasunfälle zu verzeichnen und 191 Erkrankungen nach derartigen Unfällen. Diese Zahlen allein beweisen die Notwendigkeit der Gasentgiftung. Für die Gesundheit unserer Bevölkerung dürfte uns nichts zu teuer sein. Ursprünglich wollte man versuchen, die Gefahr durch den Einbau von Sicherheitseinrichtungen an den Gasgeräten zu beseitigen. Fachleute haben jedoch festgestellt, daß es ungefähr 25 Jahre dauern würde, bis alle Gasgeräte ausgetauscht wären und den Sicherheitsvorschriften entsprächen. Jahrelang war die Gasentgiftung auch ein technisches Problem. Heute ist man jedoch bereits so weit, daß man eine entsprechende Entgiftung vornehmen kann. Viele Städte haben mit derartigen Anlagen bereits die besten Erfahrungen gemacht und es ist daher selbstverständlich, daß auch Wien solche Anlagen errichtet.

Bei aller Freude über diesen Beschluß des Gemeinderates darf man jedoch nicht die Gefahr übersehen, daß vielleicht viele Menschen nach erfolgter Gasentgiftung leichtsinnig werden könnten. Dadurch würde die Gefahr von Explosionen besonders groß sein. Daher sollten die Gaswerke den Zeitpunkt der Gasentgiftung zum Anlaß nehmen, auf diese Gefahr besonders hinzuweisen und die Bevölkerung entsprechend aufzuklären. Ein Antrag der ÖVP habe bereits 1962 verlangt, dem Stadtgas intensive Riechstoffe zuzusetzen, damit ausströmendes Gas leichter wahrgenommen werden kann.

Die ÖVP stimmt diesem Antrag gerne zu, weil er unmittelbar dem Menschen dient und Investitionen nach den notwendigen Erfordernissen und nicht nur nach optischen Erwägungen vorsieht. Die hierfür ausgegebenen 150 Millionen werden zwar nicht das Antlitz unserer Stadt verschönern, aber sie werden durch jedes gerettete Menschenleben reiche Zinsen tragen.

GR. Marek (SPÖ) bezeichnet es als erfreulich, daß nun der Gemeinderat, nachdem die Fachleute in jahrelanger Prüfung die Unterlagen erarbeitet haben, die Gasentgiftung beschließen kann. Mit dieser Beschlußfassung über einen vernünftigen, richtigen und im Interesse der Wiener Bevölkerung gelegenen Antrag soll man aber nicht versuchen, Kapital für eine politische Partei zu schlagen. Die 212 Millionen Schilling für die Kreditbedeckung, von denen in einigen Zeitungen die Rede war, sind bereits im Budget 1964 enthalten. Es gibt auch keine Engpässe auf dem Gebiet der Gasversorgung. Verfolgt man die Produktion des Wiener Gaswerkes in den letzten zehn Jahren, so kann man mit Freude feststellen, daß viel geschehen ist. Betrug die Produktion 1954 noch 402 Millionen Kubikmeter, so hat sie 1963 706 Millionen Kubikmeter erreicht, wozu noch zu sagen ist, daß in der Zwischenzeit der Heizwert um zehn Prozent erhöht werden konnte.

Der vom Bürgermeister gegebene Auftrag, der die Grundlage für den vorliegenden Antrag auf Entgiftung des Stadtgases schuf, bedeutete die Vorbeugung vor dem Tod und die Achtung vor dem Leben. Man muß das von Gemeinderat Peter gezeichnete makabre Bild zurückweisen, daß die Gemeinde aus einer Verzögerung heraus die Zahl der Toten vermehrt habe. Nach der Gasentgiftung wird auch in Wien eine Reduktion der Todesfälle statistisch feststellbar sein. Fraglich wird allerdings bleiben, ob dann nicht jene Menschen, die heute, weil sie nicht aus und ein wissen, den Freitod durch Gas wählen, auf andere Weise freiwillig aus dem Leben scheiden werden.

Es gab zwei Möglichkeiten, die Wiener vor dem Gastod zu bewahren, nämlich entweder durch die Entgiftung des Gases oder durch eine vollautomatische Sicherung sämtlicher Gasgeräte. Die Erneuerung der Gasgeräte hätte allerdings einen viel zu langen Zeitraum beansprucht. Die Wiener Stadtverwaltung hat jedenfalls

dieses Problem eingehend und mit großer Verantwortung geprüft. Es war nicht notwendig, daß gewisse Kommunalredakteure glaubten, darauf hinweisen zu müssen, diese Aktion sei mit dem Blickwinkel auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen gestartet worden. Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat **können doch** deshalb, weil Wahlen bevorstehen, nicht ihre Tätigkeit einstellen. Eine solche Art der Beurteilung entspricht nicht den Tatsachen und ist undemokratisch. Wir wollen, sagt GR. Marek, keinen Wahlkampf mit "ungiftigem" oder "giftigem" Gas, sondern nur mit unseren Leistungen führen. Wir fürchten ein giftiges Wahlgas nicht, denn die Wiener Bevölkerung ist immun gegen Giftgase. Sie besitzt eine Gasmasken: das Denken, das Beurteilen und das Einschätzen. Daher werden wir das "Giftgas" aus unserem Vokabular streichen, vor der Wahl und nach der Wahl! (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Schwaiger erklärt in seinem Schlußwort, daß in Wien die Gasentgiftung wesentlich kompliziertere Probleme als in anderen Städten aufwirft. Die Gaswerke in Basel, Hamburg und München sind wesentlich kleiner, und überdies gibt es in Wien zwei Gaswerke. Eine Aktion wie die Gasentgiftung konnte man nicht einfach aus dem Ärmel schütteln, es bedurfte sehr ernster Versuche, um der Bevölkerung tatsächlich einwandfrei entgiftetes Gas liefern zu können. Es wäre unverantwortlich gewesen, die Gaskonvertierung schlampig zu planen und durchzuführen.

Es ist absolut möglich, sämtliche Gasgeräte zündsicher zu machen. Die Aufsichtsbehörden arbeiten bereits an diesbezüglichen Verordnungen, die der Industrie und den Erzeugerfirmen solche Verpflichtungen auferlegen. Für Backrohre darf es bereits jetzt nur mehr zündgesicherte Geräte geben. Die Wiener Gaswerke setzen dem Gas auch Geruchstoffe bei, sodaß eine Warnung bei ausströmendem Gas gegeben ist. Wenn eine Konvertierungsanlage fertig sein wird, so wird sie selbstverständlich gleich in Betrieb genommen. Aber die Gaswerke werden der Bevölkerung erst dann sagen, daß das Gas giftfrei ist, wenn sämtliche Anlagen in Betrieb stehen.

Was die Investitionssperre bei den Stadtwerken betrifft, erklärt Stadtrat Schwaiger abschließend: Da die Stadtwerke nicht

mit hundertprozentiger Sicherheit wußten, ob sie die vorgesehenen 212 Millionen Schilling bekommen, haben wir im Einvernehmen mit der Generaldirektion den einzelnen Unternehmungen den Auftrag gegeben, Investitionen im Betrag von 112 Millionen vorerst zu sperren, um diese Investitionen erst dann in Angriff zu nehmen, wenn die 112 Millionen tatsächlich vorhanden sind. Da nun diese 112 Millionen Schilling fast zur Gänze zugesagt sind, können die einzelnen Unternehmungen die Teilsperren aufheben und mit den notwendigen Investitionen beginnen. (Vizebürgermeister Slavik: Wir haben also mehr als unser Wort gehalten!) Ich freue mich, daß es möglich geworden ist, diese 112 Millionen Schilling zu erhalten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Errichtung der Gasentgiftungsanlagen einstimmig angenommen. Der Antrag des Gemeinderates Maller ist abgelehnt.

Neue Straßenbahnwagen

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) referierte sodann einen Antrag auf Beschaffung von neun Gelenktriebwagen und eines Großraumtriebwagens, die zusammen 25 Millionen Schilling kosten werden. Der Stadtrat verwies darauf, daß im Zuge des Fünf-Jahres-Investitionsplanes 40 Prozent des Wagenparkes erneuert werden konnte. Die restlichen 60 Prozent sollen nun durch einen 15-Jahres-Investitionsplan erneuert werden. Der vorliegende Antrag bedeutet einen Vorgriff auf diesen Plan.

GR. Hahn (ÖVP) beschäftigte sich bei dieser Gelegenheit mit den bisher erbrachten großen Leistungen der Verkehrsbetriebe. Es gelang, bis Ende 1962 den Stand auf 1.146 Triebwagen und 1.272 Beiwagen zu bringen. Der Redner vertrat die Ansicht, daß mit einer Modernisierung des Fahrparks auch eine Modernisierung des Tarifsystems eintreten müßte. Er fragt ferner, ob in dem neuen Investitionsprogramm Mittel für den Bau der neuen Zentralwerkstätte vorgesehen sind. Ferner regt er an, die neuen Wagen möglichst geräuscharm zu konstruieren und für eine bessere Entlüftung zu sorgen.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, stellte fest, daß der Debattenredner kaum ein Wort zu dem Antrag gesagt habe, der zur Verhandlung steht. Er müsse dringend bitten, die Geschäftsordnung des Gemeinderates zu beachten.

Stadtrat Schwaiger sagt in seinem Schlußwort, daß im neuen 15 Jahres-Investitionsplan der Bau der Zentralwerkstätte vorgesehen sei. Die Gesamtkosten werden 400 Millionen Schilling betragen. Selbstverständlich werde bei der Entwicklung des neuen Großraumtriebwegens besonders auf die Geräuscharmheit Bedacht genommen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten ein- stimmig angenommen.

Eine Anfrage der KLS

Hierauf wird die Anfrage der KLS (Blatt 925) behandelt, zu der der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt worden war. GR. Maller erhält zur Begründung das Wort und führt aus, die Gemeinde Wien könne sich auf den Standpunkt stellen, sie habe mit der Sache nichts zu tun. Es bleibe aber die Tatsache bestehen, daß die Gemeinde Wien keine genügende Kontrolle über die Verwendung der Gelder geübt hat. Deshalb erwachse der Stadt Wien die Verpflichtung zu helfen und die Zinsen für neuerlich notwendige Kredite sowie die Bürgschaft dafür zu übernehmen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Verlesung und Besprechung mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Bürgermeister Jonas schließt die Sitzung.

- - -

Eine zweite Neue Wiener Wohnbauaktion
=====

24. April (RK) Wie bereits aus dem Bericht über die heutige Sitzung des Wiener Gemeinderates (auf Blatt 925) hervorgeht, haben Gemeinderäte der SPÖ-Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem der städtische Finanzreferent ersucht wird, für die Schaffung einer zweiten Neuen Wiener Wohnbauaktion Vorsorge zu treffen. In der Begründung des Antrages heißt es: "Obwohl die Stadt Wien in den letzten fünf Jahren mehr als 48.000 Wohnungen errichtet oder deren Errichtung entscheidend gefördert hat, leidet noch immer ein erheblicher Teil der Wiener Bevölkerung, darunter viele junge Familien, unter der Wohnungsnot. Aus diesem Grunde erscheint es notwendig, die im Jahre 1958 geschaffene Neue Wiener Wohnbauaktion, durch die 10.000 zusätzliche Wohnungen geschaffen werden konnten, fortzusetzen, wobei bei der Festlegung der Richtlinien für die Gewährung von Krediten die Erfahrungen der ersten Aktion zu berücksichtigen wären."

Der Antrag wurde dem Gemeinderatsausschuß für Finanzangelegenheiten zugewiesen.

- - -

Apotheker in den Wappensälen
=====

24. April (RK) Die Österreichische Apothekerkammer veranstaltet jedes Frühjahr eine wissenschaftliche Fortbildungstagung. In den letzten Jahren haben daran auch viele ausländische Delegierte teilgenommen. Die diesjährige Tagung begann heute und wird am Sonntag, dem 26. April, abgeschlossen.

Anlässlich der Fortbildungstagung gab Bürgermeister Jonas heute abend in den Wappensälen des Wiener Rathauses einen Empfang, an dem von Seiten der Stadt Wien auch die Stadträte Dr. Glück, Heller und Koci teilnahmen.

- - -